



## Mechthild Rawert.

Ihre Bundestagsabgeordnete  
für Tempelhof-Schöneberg.

Ihre Direktkandidatin der SPD  
zur Bundestagswahl 2009.



www.mechthild-rawert.de

kompetent. lebensnah. vor Ort.

## ■ Die Frauen haben die Wahl: zwischen warmen Worten und konkreten Taten

**Mechthild Rawert in: „Wir Berlinerinnen“,  
Zeitschrift des LandesFrauenRat Berlin e.V., Ausgabe 100**

Schon beim Eintritt ins Berufsleben werden junge Frauen strukturell benachteiligt. Der jüngste Ausbildungsreport der DGB-Jugend hat anhand einer groß angelegten Befragung herausgefunden: Auszubildende in von Frauen dominierten Berufen ziehen sowohl bei der Bezahlung, bei der Anzahl der Überstunden, bei den Urlaubstagen sowie bei der Wahl des Urlaubszeitpunkts den Kürzeren. Für den Ausbildungsreport, der Ende August vorgestellt wurde, waren bundesweit 6.920 Auszubildende in den 25 häufigsten Ausbildungsberufen befragt worden.

Eine Auszubildende, die den Beruf der Friseurin oder der medizinischen Fachangestellten erlernen will, verdient erst im dritten Lehrjahr so viel wie ein Auszubildender in einem überwiegend männlich geprägten Beruf zu Ausbildungsbeginn. Dem Report zufolge verdienen die überwiegend weiblichen Auszubildenden in diesen Berufen im Durchschnitt rund 100 Euro oder fast 22 Prozent weniger als ihre Kollegen in so genannten Männerberufen. Der Gender Pay Gap manifestiert sich demnach schon beim Sprung ins Berufsleben - und zwar vor allem auch aufgrund der geschlechterspezifischen Segregation des Arbeitsmarktes.

Das Ergebnis des Ausbildungsreports macht einmal mehr deutlich: Wir dürfen in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, Frauen auch für andere als die klassischen Frauenberufe zu interessieren. Das muss schon in der Schule beginnen. Gleichzeitig muss natürlich gewährleistet sein, dass in den von Frauen dominierten Berufen vor allem in den Bereichen Gesundheit und Soziales genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Insbesondere vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Gesellschaft können wir hier auf gut ausgebildetes Personal nicht verzichten. Diese Berufe müssen also attraktiver werden, sie müssen nicht nur gesellschaftlich mehr Anerkennung finden, sondern vor allem auch finanziell aufgewertet werden.

Wir alle wissen aber auch: Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern ist nicht nur mit der Tatsache zu erklären, dass Frauen sich mehrheitlich für die Berufe entscheiden, die in der Regel schlechter bezahlt sind. Nachweislich existiert eine Lohnkluft zwischen Frauen und Männern innerhalb eines Unternehmens bei gleicher Tätigkeit, Qualifikation und Unternehmenszugehörigkeit. Diese so genannte harte Lohnlücke liegt bei durchschnittlich zwölf Prozent.

Der Rat von Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem kürzlich erschienenen Interview mit der „Emma“, dass Frauen nur selbstbewusst genug sein müssten, um für gleiche Arbeit den gleichen Lohn wie den ihres Kollegen beim Chef einzufordern, ist meiner Meinung nach mit Verlaub naiv.

Wir müssen den bislang schon rein theoretischen Anspruch auf Entgeltgleichheit mit Leben erfüllen: Bundesarbeitsminister Olaf Scholz hat deshalb kürzlich einen konkreten Gesetzentwurf vorgestellt,

der unter einem sozialdemokratischen Arbeitsminister nach der Bundestagswahl noch in diesem Jahr ins Kabinett eingebracht werden soll. Dieses Gesetz würde einen Rahmen vorgeben, mittels einer zertifizierten statistischen Entgeltanalyse, die in der Schweiz bereits praktiziert wird, Informationen über Unterschiede in der Bezahlung zu ermitteln. Betriebsrat und Antidiskriminierungsstelle des Bundes würden die Kompetenz erhalten, vom Arbeitgeber eine Analyse über etwaige Unterschiede einzufordern. Sofern eine Ungleichbehandlung attestiert wird, sollen die Beschäftigten ein Auskunftsrecht erhalten, warum ein Kollege bei gleichwertiger Tätigkeit mehr verdient. Auf der Basis dieser handfesten Daten können betroffene Frauen dann den gleichen Lohn wie ihre männlichen Kollegen einklagen. Würde der Entwurf zum Gesetz, hätte man endlich handfeste Informationen über die tatsächliche Bezahlung. Weil aber Löhne und Gehälter gut gehütete Geheimnisse in den Betrieben sind, kann gleicher Lohn nur schwer eingeklagt werden.

Auch die Kosten für das erprobte Verfahren fallen äußerst gering aus und stehen in keinem Verhältnis zum potenziellen Nutzen für all die Frauen, die eine Lohnungleichbehandlung erfahren: Pro Unternehmensanalyse fallen nur 170 Euro an. Olaf Scholz bezifferte die Sach- und Bürokratiekosten insgesamt auf 78.000 Euro pro Jahr.

Die Lohnlücke in Deutschland, die im EU-Vergleich außerordentlich hoch ausfällt, könnte mit dem Gesetzentwurf endlich geschlossen werden. Auch darüber entscheiden die Wählerinnen und Wähler am 27. September: Sie werden auch die Wahl treffen zwischen der Merkelschen Lösung getreu dem Motto „Selbst(bewusst) ist die Frau“ oder der sozialdemokratischen Perspektive, den Frauen etwas Konkretes an die Hand zu geben. ■



Echte Gleichstellung betrifft alle gesellschaftlichen Themen. Das heißt auch, dass wir in allen Bereichen der Politik an der Gleichstellung der Frauen arbeiten müssen. Wir überprüfen deshalb jede Maßnahme darauf, was sie für die Frauen in unserem Land konkret bedeutet.

#### **Gleicher Lohn und gleiche Aufstiegschancen!**

Frauen verdienen in Deutschland im Schnitt ein Viertel weniger Geld als Männer. Wir wollen das ändern. Öffentliche Aufträge sollen nur noch Unternehmen erhalten, in denen Frauen und

Männer bei der Entlohnung gleich behandelt werden. Frauen müssen in den Unternehmen verstärkt in die Führungspositionen. Wir wollen, dass Vorstandsvorsitzende ein Frauenberuf wird! Mit verbindlichen Regelungen werden wir dafür sorgen, dass Frauen bessere Aufstiegschancen bekommen. Für Aufsichtsräte werden wir eine Frauenquote von mindestens 40 Prozent verankern.

**Familie und Beruf - das darf kein Widerspruch sein!** Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss weiter verbessert werden. Dazu muss der gleichzeitige Anspruch beider Partner auf Teilzeitbeschäftigung und Elterngeld von sieben auf sechzehn Monate verlängert werden. Außerdem führen wir zwei zusätzliche Partnermonate ein. Wir werden das Ehegattensplitting so reformieren, dass für beide Partner Erwerbsanreize entstehen und die Steuerlast zwischen den Eheleuten gerecht verteilt wird. So verhindern wir auch den Splitting-Vorteil bei hohen Einkommen. Außerdem werden wir die Kinderbetreuung flächendeckend ausbauen.

**Respekt gegenüber Homo-, Bisexuellen und Transgender.** Wir werden den Respekt gegenüber Homo-, Bisexuellen und Transgender fördern und Vorurteile in der Gesellschaft abbauen. Eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften werden wir mit der Ehe gleichstellen und bestehende Benachteiligungen abschaffen.



Statt das Ehegattensplitting zu reformieren und Frauen die Teilnahme am Erwerbsleben zu erleichtern, wollen CDU/CSU über den Kinderfreibetrag die Spitzenverdiener entlasten. Statt beim Elterngeld die gemeinsame Kindererziehung durch beide Elternteile weiter zu fördern, wollen CDU/CSU mit einem Teilerntergeld die alten Geschlechterrollen zementieren, die wir überwinden wollen. CDU/CSU verweigern gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften die Gleichstellung.

■ **Machen Sie sich Ihr eigenes Bild!** Die Antworten der SPD sowie der anderen Parteien auf die „Wahlprüfsteine 2009 des Deutschen Frauenrates - Gleichstellungspolitische Anforderungen an eine zukünftige Politik“ können Sie lesen unter [www.frauenrat.de](http://www.frauenrat.de), unter: Frauen werbt und wählt, jede Stimme zählt ...